

Stand: 14.05.2024 15:41:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/80

"Bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Arbeitsverträge für die Verwaltungsangestellten an Bayerns Schulen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/80 vom 09.01.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/483 des OD vom 28.02.2019
3. Beschluss des Plenums 18/1058 vom 21.03.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 21.03.2019



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher, Margit Wild, Martina Fehlner, Arif Taşdelen, Diana Stachowitz, Michael Busch, Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Klaus Adelt** und **Fraktion (SPD)**

Bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Arbeitsverträge für die Verwaltungsangestellten an Bayerns Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Arbeit der Verwaltungsangestellten an bayerischen Schulen endlich wertzuschätzen und dafür folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Eine einheitliche Eingruppierung aller Verwaltungsangestellten in E 6 zu ermöglichen und darüber hinaus Beförderungsmöglichkeiten bis E 8 zu schaffen,
2. an allen Schulen mindestens eine halbe Stelle für Verwaltungsangestellte vorzusehen und
3. die Anzahl der befristeten Arbeitsverträge auf höchstens 10 Prozent der Verträge zu beschränken.

Begründung:

Ob am Telefon oder persönlich – die Schulsekretärin ist meist erste Anlaufstelle für schulische und außerschulische „Kunden“, also für Schüler, Eltern, Lehrer, das nicht pädagogische Schulpersonal, Behörden, Handwerker, Ehemalige, Nachbarn, Stadtteilorganisationen, Lieferanten, Sponsoren, etc. Alle am Schulleben beteiligten Personen erwarten Präsenz von der Schulsekretärin, auch und gerade dann, wenn sie als Alleinkraft arbeitet. Für Notfälle soll sie als zentrale Anlaufstelle erreichbar sein. Serviceleistungen in Form von Information und Beratung werden ihr unmittelbar abverlangt. Insgesamt prägt und beeinflusst eine gut integrierte, kompetente Schulsekretärin die Innen- und Außenwirkung der Schule. Diese Aufgaben sind nicht qualitativ sondern lediglich quantitativ an kleinen Schulstandorten anders, weshalb die Tätigkeitsmerkmale, die für eine Eingruppierung nötig sind, sich nicht von Schulart zu Schulart unterscheiden. Unbedingt notwendig ist auch die Möglichkeit zur Beförderung nach maximal E 8. So ist zum Beispiel ein Fortbildungsprogramm für Verwaltungsangestellte denkbar, dass die Übernahme von Managementaufgaben im Bereich der Schulen ermöglicht.

Es ist darüber hinaus ein Unding, dass viele Arbeitsverträge von Verwaltungsangestellten an den Schulen die Sommerferien ausschließen und von Jahr zu Jahr erneut abgeschlossen werden. Es ist nicht zu erkennen, warum angesichts der aufwachsenden Schülerzahlen und der stetig wachsenden Aufgaben (Ganztag, Inklusion, Digitalisierung) nicht unbefristete Arbeitsverträge vergeben werden können.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher
u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 18/80

**Bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Arbeitsverträge
für die Verwaltungsangestellten an Bayerns Schulen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Arif Tasdelen**
Mitberichterstatter: **Andreas Jäckel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Bildung und Kultus und der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 3. Sitzung am 22. Januar 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 6. Februar 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: kein Votum
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 14. Februar 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 28. Februar 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Wolfgang Fackler
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher, Margit Wild, Martina Fehlner, Arif Taşdelen, Diana Stachowitz, Michael Busch, Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Klaus Adelt** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/80, 18/483

Bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Arbeitsverträge für die Verwaltungsangestellten an Bayerns Schulen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Arif Taşdelen

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Andreas Jäckel

Abg. Thomas Gehring

Abg. Gerald Pittner

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Dr. Wolfgang Heubisch

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

Bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Arbeitsverträge für die Verwaltungsangestellten an Bayerns Schulen (Drs. 18/80)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 25 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Redezeit verteilt sich wie folgt: CSU 6 Minuten, GRÜNE 4 Minuten, FREIE WÄHLER 4 Minuten, AfD 4 Minuten, SPD 4 Minuten, FDP 3 Minuten und die Staatsregierung 6 Minuten. – Erster Redner ist Herr Kollege Arif Taşdelen.

(Unruhe)

Ich bitte allseits um Ruhe. Hören Sie bitte konzentriert dem Redner zu.

Arif Taşdelen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion beantragt eine einheitliche Eingruppierung aller Verwaltungsangestellten an Bayerns Schulen in die Entgeltgruppe 6. Darüber hinaus sollen Beförderungsmöglichkeiten in die Entgeltgruppe 8 geschaffen werden. Weiterhin beantragen wir, an allen Schulen mindestens eine Halbtagsstelle für Verwaltungsangestellte vorzusehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht erinnern Sie sich an Ihre eigene Schulzeit oder die Einschulung Ihrer Kinder. Mein Kind wurde vor zwei Jahren eingeschult. Die erste Ansprechpartnerin ist immer die Schulsekretärin, die Verwaltungsangestellte, die man sofort ans Telefon bekommt, wenn man seine Fragen loswerden will. Wir sind vor zwei Jahren umgezogen, was mit einem Schulwechsel verbunden war. Als Eltern hat man viele offene Fragen. Man ruft lieber einmal zu viel als einmal zu wenig an. Die Schulsekretärin ist diejenige, die den Eltern weiterhilft.

Heute hat meine Tochter Geburtstag. Sie geht in die zweite Klasse. Wir haben ihr Muffins mitgegeben. Ich habe sie gebeten, auch der Schulsekretärin einen Muffin zu geben. Heute Abend wird sie mir berichten, ob sie das gemacht hat.

(Tobias Reiß (CSU): Sehr ungesund! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Saal.

Arif Taşdelen (SPD): Der Herr Richter sitzt oben.

(Allgemeine Heiterkeit)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: – Und agiert in Ihrem Sinne. Ich hoffe, Sie haben das so wahrgenommen.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, ich danke Ihnen ausdrücklich. Tatsächlich ist es schwierig, gegen diesen Lärmpegel anzukämpfen. – Die Schulsekretärinnen und Schulsekretäre sind nicht nur Ansprechpartner für Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schüler, sondern auch für Behörden, Handwerker, Ehemalige, Nachbarn, Stadtteilorganisationen, Lieferanten und Sponsoren. Sie sind tatsächlich die gute Seele einer Schule. Schulsekretärinnen an Grundschulen, Förderzentren und Mittelschulen ohne vollständigen M-Zug sind in Entgeltgruppe 4 eingruppiert. Das sind bei einer Vollzeitbeschäftigten rund 1.500 Euro netto. Selbstverständlich ist die Eingruppierung Sache der Tarifvertragsparteien. Dessen sind wir uns völlig bewusst. Das Argument wird später kommen. Die Tarifvertragsparteien bestehen zum einen aus den Gewerkschaften und zum anderen aus den Arbeitgeberverbänden. Wir als Freistaat Bayern sind als Dienstherr und Arbeitgeber auch Teil dieser Tarifvertragspartnerschaft. Somit kann der Freistaat in die Tarifverhandlungen hineingehen und sagen: Ich finde es falsch, dass meine Verwaltungsangestellten an Schulen, die Schulsekretärinnen, nur in Entgeltgruppe 4 eingruppiert werden – ohne jegliche Aufstiegsmöglichkeiten.

Deshalb muss der Beruf der Verwaltungsangestellten attraktiver gemacht werden. Schulsekretärinnen und Schulsekretäre in ganz Bayern verdienen Anerkennung für das, was sie tagtäglich leisten. Das muss sich endlich in ihrer Bezahlung zeigen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Arif Taşdelen (SPD): Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Taşdelen. – Als Nächster hat der Abgeordnete Andreas Jäckel von der CSU-Fraktion das Wort.

Andreas Jäckel (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag enthält wichtige und richtige Gedanken. Auf zwei möchte ich eingehen. Richtig ist, Herr Kollege, dass die Sekretariate in der Schule eine zentrale Rolle einnehmen. Sie sind ein bisschen der Dreh- und Angelpunkt jeder Schule. Sie sind nicht nur erster Ansprechpartner für Lehrer und Schüler. Sie repräsentieren die Schule auch nach außen. Sie haben es angedeutet. Die Sekretariate sind auch gerade an Berufsschulen Ansprechpartner für Betriebe und Institutionen, wie zum Beispiel für die IHK oder die Handwerkskammer.

Richtig ist auch, dass es einen starken Veränderungsprozess gegeben hat. In den Schulsekretariaten sind heute die Anforderungen andere als vor zehn, zwanzig oder dreißig Jahren. Die mediale und digitale Welt verändert viele Berufe, so auch die Berufe in der Schule und in der Schulverwaltung. Trotzdem – auch das haben Sie schon angedeutet – halten wir Ihren Antrag nicht für zielführend. Wir haben im Ausschuss darüber schon ausführlich gesprochen. Er geht aus unserer Sicht von falschen Ansätzen aus und rüttelt an den Grundfesten einer gerechten Entlohnung.

Die pauschale Entlohnung von allen Schulverwaltungsangestellten in der Entgeltgruppe 6 halten wir nicht für richtig. Es gibt unterschiedliche Vorbildungen und Qualifikatio-

nen, und es sind auf verschiedenen Aufgabenfeldern auch unterschiedliche Berechtigungen nötig. Bisher bestand darüber Konsens, dass sich die Qualifikation auch in der Entlohnung widerspiegeln muss. Dies lassen Sie völlig außer Acht, wenn Sie alle auf das gleiche Niveau setzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nach unserer Ansicht müssen wir bei den Stellenbeschreibungen ansetzen. Hierzu müssen einheitliche Standards geschaffen werden, die dann auch an allen Schulen eingehalten werden. Oft gibt es auch Sonderwege. Wenn man sich ein bisschen umhört, werden an die Sekretariate auch Aufgaben delegiert, für die sie gar nicht zuständig sind. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir darauf achten, dass das Schulsekretariat trotz aller Schlüsselfunktionen nicht durch andere Arbeit überfordert wird. Hier kann man ansetzen.

Wir sehen aber auch – Herr Kollege, Sie haben es angesprochen – in den Tarifpartnern die richtigen Ansprechpartner, mit denen wir über höhere Bezahlungen reden müssen. Wer die Tarifautonomie ernst nimmt, muss dies den Tarifpartnern überlassen. Deswegen muss über die neuen Anforderungen, gerade auch in der digitalen Welt, mit den Tarifpartnern, und auch nur mit denen, verhandelt werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Besetzung der Sekretariate erfolgt nach einem festgelegten Schlüssel, der durch die zu verwaltenden Klassen definiert ist. Sicher haben wir auch Ausnahmen, etwa bei den Praxisklassen, die anders gewichtet werden. Nicht vergessen dürfen wir auch, dass 2018 150 neue Stellen für die Schulverwaltungen geschaffen worden sind.

Bei den befristeten Arbeitsverträgen möchte ich deutlich herausheben, dass deren Anteil momentan deutlich unter 5 % liegt. Für uns gilt es, die Zahl der befristeten Verträge auch künftig im Auge zu behalten und sie auf ein Mindestmaß zu beschränken. Beides ist notwendig. Auf beides werden wir achten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Jäckel. – Als Nächster hat Herr Vizepräsident Thomas Gehring für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Schulsekretärin ist die gute Seele einer Schule.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo geht man hin, wenn man in eine Schule hineinkommt? Wohin gehen die Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte und die Schulleitung, wenn es irgendein Thema gibt? – Sie gehen zur Schulverwaltungsangestellten. Die Schulverwaltungsangestellte ist gefragt, wenn Schülerinnen und Schüler zu Hause anrufen müssen, wenn sie irgendeinen Zettel abholen oder bringen müssen oder – auch das ist Realität an unseren Schulen – wenn es einem Schüler oder einer Schülerin schlecht wird, wenn sie Bauchweh haben. Auch dann gehen sie zur Schulsekretärin, denn sonst gibt es dafür niemand. Wenn es gut geht, gibt es dort eine Couch, und dann kümmert sich die Schulsekretärin um das Kind und ruft vielleicht zu Hause an, ob jemand dieses Kind abholen kann.

Zur Schulverwaltung gehören aber auch die Managementaufgaben, die an einer Schule geleistet werden müssen. Die Schule wird immer mehr zu einem sehr vernetzten Organismus mit vielen Kontakten nach außen. Im Zentrum dieses Organismus, im Zentrum der Kontakte nach außen steht die Schulverwaltung. Alle zusätzlichen Aufgaben an den Schulen machen den Schulsekretärinnen viel Arbeit. Dazu gehören die Ganztagsangebote – Sie alle wissen, dass es in Bayern verschiedene Ganztagsmodelle gibt, zum Teil sogar verschiedene an einer Schule, nämlich Mittagsbetreuung oder gebundene Angebote –, die Inklusion, die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt oder das Bildungs- und Teilhabepaket. Die Arbeit der Schulsekretärinnen wird deshalb immer mehr.

Wenn wir dann auch noch über Digitalisierung und darüber reden, dass sich die Schulsekretärinnen mit einem nach wie vor nicht funktionierenden ASV-System, dem Computersystem an Schulen, herumschlagen müssen, dann wird deutlich, dass wir mehr Wertschätzung für die Schulsekretärinnen und eine bessere Professionalisierung der Schulverwaltungen an allen unseren Schulen brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Entlastet werden müssen auch die Schulleitungen, denn deren Arbeit ist die pädagogische Leitung und das pädagogische Management einer Schule und nicht die Schulverwaltung. Wenn wir die Schulsekretärinnen stärken wollen, müssen wir zunächst die Zuteilungsrichtlinien beachten. Wie viele Stellen für die Schulverwaltung werden einer Schule zugeteilt?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir darüber reden, wie wichtig Schulsekretärinnen sind, und wenn wir die Schulsekretärin als die Seele einer Schule sehen, dann reichen 13 Stunden wöchentlich an einer Schule nicht aus. Reihenweise haben wir aber noch Schulen, an denen es nur eine Drittelstelle für die Schulverwaltung gibt. Das ist unmöglich. Deswegen ist die Forderung im Antrag der SPD, mindestens eine halbe Stelle für die Schulverwaltungen an den Schulen zu schaffen, mehr als recht und billig.

Das Zweite ist die Bezahlung. Ja, die Schulsekretärinnen sind nicht gut bezahlt. Wir müssen die Bezahlung verbessern. Das hat etwas mit Wertschätzung zu tun, aber auch damit, dass die tatsächliche Arbeitsleistung entsprechend entlohnt wird. Da müssen wir über Qualifikation und Fortbildung reden, weil die Schulsekretärinnen für die Managementaufgaben, die sie tatsächlich leisten, auch qualifiziert werden müssen. Da kann man nicht darauf warten, dass die Tarifpartner dafür etwas tun. Dazu müssen die Stellenbeschreibungen entsprechend formuliert werden, und vonseiten des Landes müssen entsprechende Fortbildungen angeboten werden, damit die Schulsekretärinnen besser arbeiten und dann auch besser bezahlt werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bisher habe ich bei dieser Rede über die Schulsekretärinnen und Verwaltungsangestellten nicht gegendert, denn es sind überwiegend Frauen, die diese Arbeit machen. Letzte Woche war der Weltfrauentag. Man sprach vom Gendergap, den es zu schließen gilt. Frauenarbeit besser zu bezahlen, besser zu entlohnen und besserzustellen, ist eine wichtige Maßnahme, um den Gendergap zu schließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb unterstützen wir diesen Antrag der SPD.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Vizepräsident. – Als Nächster hat der Abgeordnete Gerald Pittner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch so ohne Weiteres machbar. Das muss man einfach einmal sehen. Grundsätzlich können wir FREIEN WÄHLER das Bestreben, die Einkommens- und Arbeitssituation der Schulsekretärinnen zu verbessern, nachvollziehen. Auch die Idee, an allen Grund- und Förderschulen – die betrifft es nämlich in erster Linie – mindestens eine halbe Stelle vorzusehen, ist grundsätzlich richtig. Damit wäre zumindest der Vormittag und damit die Halbzeit des Schulbetriebs abgedeckt.

So einfach geht es aber nicht. Das muss man so sagen. Die niedrigere Einstufung hat schon gar nichts damit zu tun, dass die Arbeit der Schulsekretärin nicht wertgeschätzt wird. Das stimmt auf keinen Fall. Grundsätzlich ergibt sich die Eingruppierung dieser Verwaltungsangestellten – nichts anderes sind sie nämlich – aus dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder. Deshalb ist es dem Freistaat nicht ohne Weiteres möglich, diesen Vertrag ohne Absprache mit den anderen Ländern abzuändern. Herr

Kollege Jäckel hat darauf hingewiesen: Es ist Aufgabe der Tarifparteien, hier Änderungen vorzunehmen. Auch Bayern gehört zu diesen Tarifparteien. Aber offensichtlich steht es bei den anderen nicht im Fokus, hier eine Änderung herbeizuführen. Anscheinend sind im Moment andere Dinge wichtiger. Das kann man bedauern, das kann man befürworten, es ist aber tatsächlich so.

Die unterschiedliche Einstufung beruht darauf, dass den Verwaltungsangestellten unterschiedliche Arbeitsweisen zugewiesen sind. Bei den Grund- und Förderschulen wird ein wesentlicher Teil der als höherwertig angesehenen Arbeiten – ob sie das sind oder nicht, kann ich nicht beurteilen – von den Schulämtern und nicht von den Schulen selbst vorgenommen. Darauf beruht auch die niedrige Einstufung. Letzten Endes ist das richtig, denn die meisten dieser Schulen sind erheblich kleiner und solche Arbeitstätigkeiten fallen dann weniger an. Benötigt wird dort also eine geringere Kompetenz. Deshalb ist die Konzentration auf größere Einheiten nicht falsch.

Es ist richtig, wir müssen überlegen, ob die Einstufung noch richtig ist. Aber auch das ist eine Aufgabe der Tarifparteien. Die Digitalisierung wurde als Erschwernis angesprochen. Als ehemaliger Familienrichter weiß ich, dass das Umfeld in den Familien immer schwieriger wird. Gerade in den Kindergärten und Schulen müssen die Versäumnisse in den Familien ausgebadet werden. Es trifft auch zu, dass immer mehr Schüler da sind, die nicht Deutsch als Muttersprache haben. Gleichgültig, ob es sich um Migranten handelt oder um EU-Bürger, die Sprachbarriere allein führt zu Schwierigkeiten in der Schule. Letzten Endes ist es die Sekretärin, die das als Erste ausbaden muss. Doch auch in dieser Frage müssen die Tarifparteien die notwendigen Lösungen finden.

Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Ich finde es hervorragend, dass es diesen Tarifvertrag und die Zurückführung auf Arbeitstätigkeiten gibt. Damit wird nämlich Willkür ausgeschlossen. Auch für den Arbeitnehmer ist das transparent und nachvollziehbar. Deshalb kommt das Ergebnis meines ersten Satzes zum Tragen: Nicht alles, was wünschenswert ist, ist machbar. Eine grundsätzliche, eine generelle Regelung, die für

99 % der Beschäftigten gut ist, würde gefährdet, um die Probleme von 1 % zu lösen. Das halte ich für den falschen Weg. Ich bin für generelle Lösungen. Hier müssen als Erstes die Tarifparteien tätig werden.

Was nun die halbe Stelle anbelangt, so muss man doch bedenken, wie es dem Steuerzahler zu vermitteln ist, eine Arbeitstätigkeit zu bezahlen, die gar nicht da ist. Das können wir nicht machen. Die Fraktion der Freien Wähler lehnt den Antrag deshalb bei aller Sympathie für dessen Ziele ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Pittner. – Als Nächster hat für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Markus Bayerbach das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Markus Bayerbach (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ein Grüß-Gott an die Gebirgsschützenkompanie aus Bad Aibling.

(Zuruf von der CSU: Es geht nicht um die da oben!)

Im Februar 2017 hat der BLLV – Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband – mit seinem Brandbrief die Situation an den Schulen ganz gut umschrieben. Er hat auch die Situation der Sekretärinnen sehr gut geschildert. Allerdings waren mir die Forderungen etwas zu schulleitungslastig. Seitdem hat sich einiges verbessert, und zwar bei der Zahl der Stellen und durch die Reduzierung der befristeten Stellen. Aber ganz ehrlich: Wer Sekretärinnen oder Lehrkräfte befristet wie Saisonarbeiter beschäftigt, der kann die Änderung nicht als Fortschritt, sondern höchstens als Rückkehr des Arbeitgebers zum Anstand begreifen. Lehrer und Sekretärinnen sind für mich keine Spargelstecher, Saisonarbeiter oder Erntehelfer. Die meisten Sekretärinnen haben in ihren täglichen Arbeiten aber gar keine Verbesserungen gehabt. Im Gegenteil, die Belastungen sind in den letzten Jahren permanent gestiegen. Ich nenne nur drei Dinge, die relativ neu sind: die angeordnete Schaumschlägerei an den Schulen, nämlich die Evalu-

ation. Sie macht unendlich viel Arbeit, bringt jedoch für den Schulalltag und für den Schulerfolg relativ wenig.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Die ASV hat Herr Kollege Gehring vorhin schon angesprochen. Dieses Schulverwaltungsprogramm war bei seiner Einführung – Entschuldigung, man kann es nicht anders sagen – für die Sekretärinnen wirklich eine Unverschämtheit. Es hat unendlich viel Arbeit gemacht und funktioniert bis heute nicht richtig. Was an den Schulen als Drittes massiv Arbeit macht, das ist die Datenschutz-Grundverordnung. Unterschätzen Sie nicht, welche Belastung Sie jeder Sekretärin zusätzlich bringt.

Neben den Fertigkeiten einer Sekretärin werden multiple Talente gebraucht. Die Sekretärin arbeitet stellenweise wie eine Streetworkerin, eine Krankenschwester, eine Telefonistin, eine Organisatorin, eine Buchhalterin. Sie stemmt den Einkauf und muss juristische Angelegenheiten mit beurteilen. Teilweise ist sie Datenschutzbeauftragte und Systembetreuerin – zumindest im Bereich der Verwaltung. All diese Anforderungen kommen zu dem hinzu, was sie tatsächlich zu leisten hat. Sie ist Prellbock für Lehrer, Eltern und Schüler und muss jedes Mal ausgleichen, auch wenn es ihr selbst nicht gut geht. Alle kommen gleichzeitig und wollen etwas erledigt haben. Wenn man aber für all diese Tätigkeiten gleich bezahlt wird, dann ist man, das muss man hier einmal ehrlich sagen: Sekretärin. Dieser Beruf nötigt deshalb wirklich Superrespekt ab.

Eine Entlohnung in E 4 zeichnet dies alles nicht wirklich ab. Bei E 4 muss man auch noch bedenken, dass die meisten keine Vollzeitstellen haben, sondern Drittelstellen, Halbzeitstellen oder Zweidrittelstellen. Die AfD sieht es als notwendig an, dass die Bediensteten ein angemessenes Auskommen haben. Um aber den Schulsekretärinnen wirklich gerecht zu werden, kann man nicht pauschal eine Entlohnung von E 6 fordern oder eine Halbzeittagesstelle. Herr Taşdelen, Sie haben eine schöne Rede gehalten mit vielen salbungsvollen Worten, aber relativ wenig Substanz. Was wir machen müs-

sen, endlich machen müssen, das ist eine Tätigkeitsbeschreibung und eine Bewertung.

(Beifall bei der AfD)

Wenn wir das gemacht haben, dann bekommt unser Finanzminister wahrscheinlich ganz große Augen und die Sekretärin auch. Die Sekretärin vor Freude, denn dann müsste man eine wirklich adäquate Einstufung finden. Dann brauchen wir uns auch nicht mehr groß über die Tarifparteien unterhalten. Da ist für die Sekretärin nämlich auch nicht alles gut gelaufen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Markus Bayerbach (AfD): Okay. – Wir fordern auf jeden Fall, dass man die Tätigkeit richtig bewertet, dass es Aufstiegsmöglichkeiten gibt. Mit der Forderung nach einer halben Stelle könnten wir mitgehen. Bei allem Respekt für die Sekretärinnen, weil der Antrag nicht so ganz glücklich ist, werden wir uns enthalten.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie am Rednerpult für eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Fackler.

Wolfgang Fackler (CSU): Herr Kollege Bayerbach, Sie und Ihre Partei fallen regelmäßig damit auf, dass die Wortwahl mehr als grenzwertig ist. Das haben Sie schon mehrfach unter Beweis gestellt, das muss man wirklich sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Das war unterste Schublade, was Sie hier eingangs geliefert haben. Das möchte ich Ihnen an dieser Stelle schon einmal mitgeben. Im Übrigen, wenn Sie hier Vergleiche machen und Äpfeln mit Birnen vergleichen, dann sage ich Ihnen auch: Wenn Sie eine

Berufsgruppe hervorheben und eine andere damit schlechtmachen wollen, dann diskriminieren Sie Menschen. Sie diskriminieren Menschen, und das ist für mich abstoßend. Bitte unterlassen Sie das in Zukunft hier im Hohen Hause.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der AfD – Unruhe bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte schön, Herr Abgeordneter Bayerbach.

(Unruhe)

Bitte lassen Sie Herrn Abgeordneten Bayerbach antworten. Eine Zwischenbemerkung erfordert übrigens laut Geschäftsordnung keine Fragestellung.

Markus Bayerbach (AfD): Ich weiß nicht, wen ich gerade diskriminiert haben sollte. Herr Kollege, das können Sie mir nachher gerne draußen sagen.

(Wolfgang Fackler (CSU): Hören Sie zu, was Sie für Vergleiche machen! – Ulrich Singer (AfD): Wer redet jetzt? – Wolfgang Fackler (CSU): Sie wissen ganz genau, was Sie gesagt haben! – Ulrich Singer (AfD): Wer redet jetzt eigentlich? – Wolfgang Fackler (CSU): Dann nehmen Sie es als Appell und setzen sich wieder hin!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Bayerbach, wollen Sie sich noch weiterhin äußern? Ich kann jetzt nicht erkennen, ob Sie zum Ende gekommen sind.

Markus Bayerbach (AfD): Das war eine allgemeine Aussage ohne konkrete Hinweise. Darauf kann man sich nur schlecht äußern.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Bayerbach. – Als Nächster hat für die FDP-Fraktion Herr Vizepräsident Dr. Heubisch das Wort. Bitte schön, Herr Dr. Heubisch.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei so einem Thema ist es in, über die persönliche Betroffenheit zu sprechen. Da habe ich mir gedacht: Was machst du? – Wenn es möglich ist, dann fragt man natürlich seine Ehefrau. Sie ist Studiendirektorin.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Ich habe mich mit ihr, ich glaube, eine ganze Stunde über die Rolle der Verwaltungsangestellten unterhalten.

(Alexander König (CSU): Wieder einmal ein Gesprächsthema gefunden!)

– Wir haben schon noch für andere Themen Zeit.

(Beifall bei der FDP – Allgemeine Heiterkeit – Alexander König (CSU): Das wollen wir jetzt aber genauer wissen!)

Herr Kollege König, das machen wir mal separat. – Da kann ich nur sagen: Sie hat mir genau das bestätigt, dass nämlich der Schulbetrieb ohne diese Verwaltungsangestellten eigentlich gar nicht laufen würde, zumindest am Gymnasium. Ich höre genauso, dass die Grundschulen, die wohl keine Verwaltungsangestellten haben, auch welche bräuchten. Insofern ist in diesem Antrag eine ganze Menge Richtiges drin, aber – das wurde von den Vorrednern herausgearbeitet – das obliegt der Tarifhoheit. Da müssen vorwiegend Sie von der SPD in erster Linie mal auf Ver.di und den Herrn Bsirske einwirken und dieses Thema, dass man diese Damen – und Herren, sage ich in Klammern – "richtig" entlohnt, an der richtigen Stelle vorne platzieren. Aber die Tarifhoheit ist ein hohes Gut. Deshalb werden wir diese pauschale Forderung, wie sie hier zu finden ist, ablehnen.

Natürlich könnten wir uns auch vorstellen, eine halbe Stelle zu unterstützen. Wir werden im Bereich der befristeten Arbeitsverträge nicht irgendwelche Vorgaben geben. Wir haben es ja gehört: Es sind maximal 5 %. Also lasst es so laufen. Dass uns eine unbefristete Regelung lieber ist, ist per se richtig. Aber man muss immer den An-

spruch haben, vor Ort Lösungen zu finden. Ich kann nachvollziehen, dass man vor allem in Ballungsgebieten, in München, Nürnberg, usw., Schwierigkeiten hat, entsprechend qualifiziertes Personal zu finden. Aber da kann ich nur eines sagen: Dann nehmen wir halt unseren alten Vorschlag "Eigenverantwortliche Schule" auf. Teilen Sie der Schule ein gewisses Budget zu, und die Schulen können individuell vor Ort reagieren und mit Zulagen arbeiten, um zu einer gerechten Bezahlung dieser unersetzbaren Verwaltungsangestellten zu kommen.

Deshalb, verehrte Damen und Herren, vor allem die Antragssteller von der SPD, bitte ich um Verständnis, dass wir diesen Antrag aus übergeordneten Gründen ablehnen. Er soll dort umgesetzt werden, wo er hingehört, nämlich bei den Tarifparteien.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Dr. Heubisch. – Als Vertreter der Staatsregierung erteile ich dem Herrn Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte als Erstes mit einem Wort beginnen, das Herr Gehring früher verwendet hat, nämlich dass die Verwaltungskräfte an Schulen, die Schulsekretärinnen, die Seele des Schulbetriebs sind. Da gibt es sicherlich noch zusätzliche Personen, die die Seele ausmachen, aber sie gehören zum Kern der Schulfamilie. Wir sind sehr dankbar, dass wir sie haben und dass sie die Arbeit tun, die sie tagtäglich leisten. Insofern sage ich ganz am Anfang den Verwaltungsangestellten vor Ort, den Schulsekretärinnen meinen herzlichen Dank für die Arbeit. Ohne sie würden die Schulen nicht jeden Tag so funktionieren, wie sie das tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Als Zweites konkret zum Antrag: Ich gestehe ganz offen, dass es mich gewundert hat, dass der Antrag von der SPD kommt. Ich hätte ihn von jeder anderen Fraktion eher erwartet. Dass die SPD mit diesem Antrag die Tarifautonomie infrage stellt, für die die SPD als Partei über Jahrzehnte gekämpft hat, hat mich zutiefst verwundert. Wenn wir diesem Antrag zustimmen würden, würde die Tarifautonomie untergraben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das werden wir garantiert nicht tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Eine gute Einlassung!)

Dieses Recht, das auch in der Verfassung festgelegt ist, halten wir sehr hoch.

Natürlich – da stimme ich zu – kommt man mit einer solchen Bezahlung – E 4 bis E 6 – in verschiedenen Gebieten, auch im Ballungsraum, nicht leicht über die Runden. Aber das ist eine Aufgabe der Tarifpartner. Sie sollten sich mal zusammensetzen – vorhin ist Ver.di genannt worden –, um da vielleicht noch nachzulegen. Wir als Staatsregierung tun das, was in unserer Macht steht. Das wird dazu führen, der einen oder anderen Verwaltungsangestellten oder eigentlich sehr vielen – wir planen für eine vierstelligen Zahl – ein höheres Gehalt zu ermöglichen. Wir haben festgelegt, dass es Weiterbildungsangebote mit Schwerpunkten im Haushaltsbereich und im Personalbereich geben wird, die dann, wie im Antrag vorgesehen, eine Bezahlung nach E 8 ermöglichen. Dafür ist es aber notwendig, die entsprechenden Zusatzqualifikationen zu erwerben. Ich wiederhole es: Die Staatsregierung legt ein Programm zur Weiterbildung der Verwaltungsangestellten in einer beachtlichen Größenordnung auf, das über die nächsten Jahre zu einer möglichen Erhöhung bei den Gehältern führen wird. Wir sind also aktiv. Jetzt schauen wir mal, was von den Tarifpartnern in anderer Richtung kommt.

Ich will noch ein Zweites sagen. Das ist von den Rednern verschiedentlich schon erwähnt worden. Der Anteil der befristeten Angestellten liegt im Moment bei unter 5 %. Weniger als 5 % der Verwaltungsangestellten haben ausschließlich einen befristeten

Vertrag. Das sind insbesondere diejenigen, die Schwangerschaftsvertretungen und Ähnliches übernehmen und für eine relativ kurze Zeit einspringen. Umgekehrt formuliert: Über 95 % – es geht immer ein bisschen rauf und runter – der Verwaltungsangestellten in Bayern sind unbefristet tätig. Das ist ein sehr hoher Anteil. Ich bin mal gespannt, ob ein anderes Bundesland das in gleichem Maße leisten kann.

Insofern sage ich vielen Dank für das Anliegen, weil sich der Fokus auf die Verwaltungsangestellten, auf die Schulsekretärinnen richtet, vielen Dank dafür, dass wir die Gelegenheit hatten zu berichten, was die Staatsregierung vorhat und was sie schon alles getan hat. Insofern: Ein gutes Thema, eine Staatsregierung, die aktiv wird und die übrigens darüber hinaus mit dem ersten Nachtragshaushalt 2018 150 Stellen für Verwaltungsangestellte geschaffen hat, also auch hier draufgesattelt hat. Insofern sind wir da auf einem guten Weg und werden diesen auch weiter beschreiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Nun hat die FDP-Fraktion Einzelabstimmung über jede einzelne Ziffer des Antrags beantragt. – Hiergegen ist keinerlei Widerspruch erhoben worden. Damit kommen wir erst zur Einzelabstimmung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum der Ziffer 1 des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Enthaltungen? – Das ist die AfD-Fraktion.

Wer der Ziffer 2 des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind ebenso die SPD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen! – Die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Enthaltungen? – Die AfD-Fraktion.

Wer der Ziffer 3 des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die FDP-Fraktion. Enthaltungen? – Die AfD-Fraktion. (Anm.: Die Abstimmung zur Nr. 3 ist obsolet, da dieser Antragsteil vom Berichterstatter der SPD in der 3. Sitzung des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes zurückgezogen wurde.)

Dann kommen wir zur Gesamtabstimmung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die FDP-Fraktion. Enthaltungen? – Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.